

Telephon Nr. 6-86.
Postcheckkonto 60.689.
Honorare werden nur nach vorheriger
Vereinbarung gezahlt. Unverlangt ein-
geschickte Manuskripte werden nicht auf-
bewahrt.

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Die 7-gesp. Milimeterzelle 15000 Mk. pa.
Die 3-gesp. Reklamez. (Milim.) 50000
Eingelassen im lokalen Teile 1000.-
Für Arbeitsuchende besondere Vergüt.
Mittungen. Anzeigen an Sonn- und
Feiertagen werden mit 25 Prozent be-
zogen. Auslandsinstitute 50% Zuschlag.
Bei Betriebsförderung durch höhere Ge-
walt, Arbeitsniederlegung, Schließung
der Zeitung oder Aussperrung hat der
Bezieher keinen Anspruch auf Nach-
lieferung der Zeitung oder Rückzahlung
des Bezugspreises.

1. Fahrtaug

Abg. Thugutt hat auf die Kabinettsbildung verzichtet.

3. den Plan der Bildung einer außerparlamentarischen Regierung gleichfalls nicht als erfolgversprechend ansehen, da die hervorzuhebenden Vertreter einer solchen Regierung ihr den Stempel politischer Einseitigkeit aufdrücken würden, der Parteikämpfe entfesseln würde, die eine Zwingenslösung zum Erfolg machen und im Auslande den Eindruck erwecken würden, daß in Polen der Militarismus siegt habe; daß

4. der Klub der Christlichen Demokratie weiterhin den Standpunkt vertritt, wonach aus der Gesamtheit der

Warschau, 17. Dezember. (Pat.) Kurz nach 12 Uhr erschien im Klub der parlamentarischen Vertriebsleiter der neuernannte Ministerpräsident Graßki, der an die versammelten Journalisten folgende Worte richtete: Der Herr Staatspräsident habe ihm mitgeteilt, daß bei der gegenwärtigen parlamentarischen Lage nichts weiter übrig bleibe, als ihn, Graßki, mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Bei der Wahl der Kabinettsmitglieder solle er nicht auf ihre Parteigehörigkeit Rücksicht nehmen, sondern nur darauf bestehen, daß sie sich von allen Parteilichkeiten befreien und nur der Stimme ihres Gewissens Folge leisten, die ihnen befehle, bei der Bearbeitung des Regierungsprogramms vor allem um das allgemeine Wohl Sorge zu tragen. Graßki, solle so rasch arbeiten, daß die neue Regierung spätestens am Donnerstag sich dem Sejm werde vorstellen können.

Der Völkerbundrat nahm des weiteren den Bericht der Kommission zur Untersuchung der deutschen Ansiedlerfrage in Polen an, die sich aus den Vertretern Brasiliens, Großbritanniens und Italiens zusammensetzt, und in welchem Bericht festgestellt wird, daß die deutsche Ansiedlerfrage in der Weise geregelt werden sollte:

Polen erhält die französische Anleihe.
Paris, 17. December. (Nat.) Der Senat hat den Gesetzentwurf über die Ertheilung einer 400 Millionen anleihe an Polen angenommen.

Als wichtigstes Ergebnis der englischen Wahlen ergibt sich auch für dieses vorbildliche parlamentarische Land die Fortsetzung des Parlamentarismus. Mit dem so bequemen Zweiparteien-System ist es endgültig aus. Vorläufig sind's drei. Aber der tiefere Grund war — das wird zur Auflösung des Parlaments und zu

Offizieller Dollarkurs = 5.800,000 poln. Mark.
Grabik zum Ministerpräsidenten ernannt.
Der Völkerbundrat und die deutsche Ausiedlerfrage in
Polen.
Deutsch-französischer Meinungsaustausch in der Verbands-
lungsfrage.
Wendebewertungen (Selbsttitel).

Neuwahlen schritt, lag eben darin, daß die Konservativen eigentlich bereits zwei Parteien umfassen, die sich über die Richtung der englischen Politik in der Reparationsfrage und der Stellung zu Frankreich nicht einigen konnten. Oder vielmehr: Was man konnte sich gegenüber dem französischen Risiko im englischen Kabinett, der die Freundschaft zu Frankreich auf jeden Fall zu erhalten wünschte, nicht durchsetzen. Das hat sich auf das schwerste gerächt. Die englische Gesamtsituation ist noch verworrener geworden, und die staatsmännische Energie Lord Curzon, der sich im letzten Jahr immerhin bemühte, Old England vor dem Schicksal eines Vasallenstaates Frankreich zu bewahren, noch stärker gelähmt als vorher.

In Paris haben sie indes den teuren Maurice Barres zu Grabe getragen. Ein Nachruf für diesen sogenannten „Romantiker“ erübrigt sich. Freilich: er ist Frankreichs Jugend ein Führer gewesen. Aber es ist immer eine faule Sache, wenn ein Dichter und Denker seine Ideen für einseitigen Chauvinismus mißbraucht und verfaßt. Das französische „Genie du Rhin“, das Barres erfannte, hat den Genius des Rheins nicht befehlen können. Machtvoll erhob sich das deutsche Volkstum an diesem deutschen Strom und bildete einen festen Wall, an dem die „kulturelle Verechtigung“ der französischen Ansprüche gründlich gesplittert. Dieser Wall schließt nicht nur das Rheinland, die Pfalz und das Saargebiet ein, er umschließt auch das annektierte Deutsch-Polbringen und das annektierte Elsaß, die beide als ob auch sie den Erbengewinn gegen die Forderungen Barres, erdringen müßten, allen brutalen Franzosen gegenüber zum Trost an ihrem deutschen Volkstum und ihrer deutschen Sprache festhalten.

Wie Maurice Barres im Leben gelitten hat, so starb er mit einer Bitterkeit auf den Lippen. Seine letzte Rede in der französischen Kammer spielte in der Debatte: die politische Reduktion verweidert Boyen den Gehorsam und sei „separatistisch“ genannt. Dieser „politische Separatismus“ ist nicht in den Händen der Pfälzer, die die von Frankreich beabsichtigten Separatistendenken mit Knütteln aus ihren Städten und Dörfern herausprügelten. Wenn einst — es mag lange Zeit dauern — das französische Volk, aus seinen imperialistischen Träumen aufgeschreckt, zur Wirklichkeit erwacht, wird auch dieses seltsame „Genie du Rhin“, Barres genannt, dem Schicksal der Vergessenheit anheimfallen.

Macdonalds politische Richtlinien.

Paris, 16. Dezember. (Nat.) Der heutige Ausgabe der „Chicago Tribune“ zufolge hat Ramsay MacDonald erklärt, er werte für den Fall, daß er zur Regierung kommen sollte, Frankreich in seinen Bemühungen um Annulierung der interalliierten Schulden unterstützen. Doch habe Sowjetrußland von der Arbeiterpartei nicht viel zu erhoffen. Es werde zwar de jure anerkannt werden, doch werde der russische Kommissar in London in MacDonald einen entschiedenen Gegner finden.

Die Sowjetregierung ersucht um Aufschub der Urteilsvollstreckung gegen Baginski und Wicorzkiewicz.

Aus Warschau wird berichtet: In der Angelegenheit der zum Tode verurteilten Offiziere Baginski und Wicorzkiewicz ist bei der polnischen Regierung eine Note der Sowjetregierung eingegangen, in der die polnische Regierung ersucht wird, mit der Exekution des Urteils gegen Baginski und Wicorzkiewicz zu warten, da die Sowjetregierung beabsichtige, bald die Vorwürfe zu machen. Die Sowjetregierung erklärt, daß sie sich zu dieser Bitte berechtigt fühlt, da sie darauf wiederholte Bitten der polnischen Regierung immer erfüllt habe. Die Note ist in sehr höflichem Ton gehalten, so daß die polnische Regierung bemüht sein wird, dem in derselben geäußerten Wunsch nachzukommen.

Welchen Zwecken die bolschewistischen „Handelsmissionen“ dienen.

Rom, 17. Dezemb. (Nat.) In Genoa wurden bei den Mitgliedern der französischen Handelsmission und in deren Mitteilungen Handelsfragen vorgeschoben. Ungeachtet der Proteste des Vizekonsuls der Mission und anderer d. h. daß letzterer sich auf die Exterritorialität dieser Handelsmissionen berief, wurden viele Schriftstücke beschlagnahmt. Die Revisionen erfolgten im Zusammenhang mit der Aufstellung einer kommunalistischen Verschwörung.

Die Wahlen in Griechenland.

Sieg der Gegner der Monarchie. — Venizelos — zukünftiger Präsident der griechischen Republik?

Athen, 17. Dezember. (Nat.) Die Wahlen gingen in voller Ruhe vor sich. Das vollständige Übergewicht hat die Bunde der Liberalen erlangt, während lediglich in Mazedonien und Thracien vorwiegend Republikaner gewählt wurden. Die Kandidatur Venizelos' steht gewissermaßen an erster Stelle.

Berlin, 17. Dezember. (V. W.) Meldungen aus Athen zufolge, wurden in das Parlament fast ausschließlich Monarchisten und Republikaner gewählt. Blättermeldungen zufolge hat sich Venizelos mit einer etwaigen Wahl zum Präsidenten der griechischen Republik erklärt.



Continental
Fahrradreifen
sind geschmeidig und widerstandsfähig, schnell und dauerhaft.
Die sparsamsten Reifen für den tägl. Gebrauch.

General-Vertretung für Polen GENS & Co., Warschau, Marszałkowska 130.

Nachzahlung.

Das abermalige Steigen aller Material-Preise und Löhne zwingt uns leider, von unseren geschätzten Bestellern eine Nachzahlung zu verlangen. Diejenigen Monats-Abonnenten, die den Betrag noch nicht bezahlt haben, zahlen für die zweite Dezemberhälfte noch 450 000 M. hinzu. Die Wochenabonnenten zahlen ab 16. Dezember 520 000 Mark.

„Freie Presse“,
Verlag.

Es wird kalt.

Winter-Paletots für Damen und Herren finden Sie bei SCHNEIDER u. ROZNER, Lodz, Petrikauer Str. 100 u. Filiale 160, ferner: Herren-Anzüge u. Paletots, Herren-Wäsche u. Strümpfe.

Warten Sie nicht!

4141

Bozellan-Musverlauf

83 Petrikauer Straße 83.

4500

Deutsch-französischer Meinungsaustrausch in der Verhandlungsfrage.

Paris, 16. Dezember. (Nat.) In französischen wie auch in deutschen Kreisen wird über den Wortlaut der Poincaré durch den deutschen Geschäftsträger in Paris überreichten Denkschrift strenges Stillschweigen bewahrt. Savas erklärt, daß v. Goesch weder in der Unterredung mit Poincaré noch in dem Schriftstück die Meinung des Reiches vertritt. Es sei nur von den Angelegenheiten und dem Vorschlag der Aufhebung der Verhandlungen zur Wiederherstellung der deutschen Verwaltung im besetzten Gebiet die Rede gewesen. Schließlich habe die Reichsregierung den Wunsch geäußert, mit den Alliierten das gesamte Reparationsproblem zu erörtern, was ihrer Ansicht nach die Arbeiten der beiden Sachverständigenkommissionen erleichtern werde. Frankreich und Belgien sind einem solchen Beratungsprogramm nicht abgeneigt.

Brüssel, 16. Dezember. (Nat.) Der deutsche Geschäftsträger hat heute der belgischen Regierung gleichfalls eine Denkschrift bezüglich der ihm in der gestrigen Unterredung gemachten Vorschläge überreicht.

Paris, 16. Dezember. (Nat.) Bei der weiteren Besprechung der vom deutschen Geschäftsträger überreichten Denkschrift stellt Savas fest, daß Poincaré gestern abend den Entwurf einer gemeinsamen belgisch-französischen Antwort vorbereitet habe. Die Note richtet sich in erster Linie gegen eine Schwächung der Rechte der Reparations- und Rheinlandkommission sowie der Besatzungsbehörden, die für die Sicherheit im besetzten Gebiet verantwortlich seien. Ferner nimmt Poincaré alle offiziellen Vorschläge des Reiches in Betracht, die die Rechte der deutschen Beamten, die Erneuerung des zwischen den Ruhrindustriellen und der Interalliierten Ingenieurkommission abgeschlossenen Abkommens und Erörterung jeder mit der Besetzung oder den Reparationen verknüpften Frage an. Der von Poincaré ausgearbeitete Entwurf wird heute der Brüsseler Regierung unterbreitet werden, worauf er etwa am Montag nach Berlin abgehen dürfte.

Paris, 16. Dezember. (Nat.) Die französische und belgische Regierung sind sich über den Wortlaut der Antwort an die Reichsregierung vollständig einig.

Paris, 17. Dezember. (Nat.) Die Antwort der französischen Regierung, die gestern abend dem deutschen Geschäftsträger Goesch eingehändigt wurde, stellt fest, daß der passive Widerstand aufhören muß. In Anbetracht dessen sei Frankreich bereit, alle Angelegenheiten zu prüfen, die die deutsche Reichsregierung unterbreiten würde, wobei die französische Regierung sich jedoch das Recht vorbehalte, sich in Fragen, die die Verbündeten angehen, mit diesen zu verständigen. Frankreich lehnt ferner jegliche Vorschläge, der Reparationskommission die ihr zustehenden Rechte zu nehmen, rückstuflos ab, desgleichen lenksame Versuche, diese Angelegenheit in einem dem Versailler Vertrage zuwiderlaufenden Sinne zu lösen. Frankreich ist also zu den von der deutschen Reichs-

regierung vorgeschlagenen Meinungsaustrausch bereit unter der Bedingung, daß keinerlei Besuche gemacht werden, die Rechte der Reparationskommission zu schmälern und keinerlei mittelbare noch unmittelbare Vorbereitungen getroffen werden, eine Revision des Versailler Vertrages herbeizuführen. Was das Rheinland sowie das Ruhrgebiet betrifft, so lehnt Frankreich gleichfalls alle Bemühungen ab, die Rheinlandkommission sowie die französisch-belgischen Besatzungsbehörden ihrer Rechte zu berauben. Frankreich ist bereit, jegliche Vorschläge Deutschlands anzuhören, die sich auf die Schaffung eines gewissen Modus vivendi im besetzten Gebiet beziehen und würde sie gegebenenfalls an die zuständigen Faktoren weiterleiten. Frankreich ist ferner bereit, in Verhandlungen über die Verlängerung und den Dauer der mit den deutschen Industrieellen abgeschlossenen Verträge über die Belegung des Wirtschaftsverkehrs sowie über Vermaltungsfragen einzutreten. Was die Rückkehr der aus dem Besatzungsgebiet ausgewiesenen Personen betrifft, so kann sich Frankreich mit einer Rückkehr nur nach jeweiliger Prüfung der einzelnen in Frage kommenden Fälle bereit erklären. Zum Schluß wird in der französischen Antwort auf die in Deutschland hirschenenden Verhältnisse hingewiesen, die die Ausübung der Tätigkeit der Interalliierten Kontrollkommission unmöglich machen. Die Tätigkeit dieser Kommission sei aber unumgänglich, damit Deutschland die Bestimmungen des Friedensvertrages in gleicher Weise erfülle.

Eine deutsche Note an die Reparationskommission.

Wien, 16. Dezember. (Nat.) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Paris: Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung ihres Bevollmächtigten der Reparationskommission eine Note überreicht, in der sie um den Verzicht auf das Recht der Priorität ersucht, wie es der Reparationskommission vom Versailler Vertrag hinsichtlich sämtlicher Einnahmen des deutschen Reiches zuerkannt wurde. Der Verzicht soll im Hinblick auf die Auslandsanleihe erfolgen, die Deutschland aufnehmen gedenkt. Wie das Blatt erzählt, handelt es sich bei dieser Anleihe um Lebensmittellieferungen von Amerika in Höhe von 75 Millionen Dollar.

Berlin, 16. Dezember. (Nat.) In der der Reparationskommission überreichten Note ersucht die deutsche Regierung die Kommission darum, im Sinne des 251. Artikels des Versailler Vertrages den Auslandskrediten, die zum Ankauf von Getreide und Fett für Deutschland bestimmt sind, vor den Reparationsverpflichtungen das Recht der Priorität zuerkennen. Die deutsche Regierung ersucht die Reparationskommission des weiteren, daß sie mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Angelegenheit ihre Entscheidung beschleunigen möge. Deutschland hat die Hoffnung, daß es diese Kredite erhalten werde, sofern die Reparationskommission ihnen das Recht der Priorität zusprechen wird.

Der Wolf ändert das Haar, und bleibt wie er war.

Dieses alte und im Volksmunde oft wiederholte Sprichwort hat sich wieder einmal in der evangelisch-lutherischen Kirche Kongresspolens so recht deutlich bewahrheitet und bestätigt. An der Spitze dieser Kirche steht ein Mann, der sich gar zu gern in politische Dinge hineinmischt. Ob das der Kirche schadet oder nützt, ist Nebensache. Hauptsache scheint bei ihm zu sein, daß sein Name unter den Großen dieser Welt und überall da, wo viel Lärm und Aufsehen erregt wird, zu finden ist. Schon vor dem Kriege hat Herr Burtsche gern politisiert und wo es galt, dem Deutschen einen Fußtritt zu versetzen, fehlte er nicht.

Nach dem Kriege mußte er nach Versailles fahren und gegen den Schuß der evangelischen Kirche vor dem polnischen Jesuitismus aufstehen. Bei der Plebiszitpropaganda hat er sogar die jesuitischen Priester weit übertroffen, und Aufrufe und Agitationszettel unterzeichnet, die nicht nur ein Geistlicher, aber ein jeder wahrheitsliebende Mensch zu unterschreiben sich schämen mußte. Kein Wunder, wenn diese „legensreiche“ Tätigkeit dieses „Oberpriesters“ in den Herzen aller Deutschlutheraner Polens einen Sturm der Entrüstung und der energischsten Proteste fast aller Gemeinden hervorgerufen hatte.

Für eine Zeit gab Herr Burtsche Rüge. Viele unserer Kirchenmänner wollten darin eine Belehrung des sich vergeblich habenden Oberhirten sehen. Weislichere aber sagten: „Der Wolf ändert das Haar und bleibt wie er war.“ Die letzteren hatten leider Recht. Herr General-Superintendent Burtsche hatte sich nur in der für ihn ungewöhnlichen Zeit etwas zurückgezogen und wartete auf eine Gelegenheit. Der Sturm hat sich gelegt und der Herr General-Superintendent fühlte sich wieder sicherer. Die Schiene war ja am Ruder. Wenn nötig konnte er doch bei Vater Zukoslawski Schutz suchen, und dieser würde ihn doch vor den verhassten Deutschen in Schutz nehmen. Da hat er's nun wieder gewagt, und wie uns die Presse seinerzeit berichtete, einen politischen Aufmarsch des D. R. V. Berlins unterzeichnet. Dieser Verein stellt sich zum Ziele, alle Deutschen aus den Westgebieten Polens zu vertreiben und ganze jetzt zu Deutschland gehörende Gebiete Polen auszuliefern, um auf diese Weise die dort lebenden Polen zu „befreien“ und selbstverständlich die Deutschen, die meistens Protestanten sind, zu verdrängen. Bei der Enteignung der deutschen Kolonisten im Posenen und in Pommerellen, bei der ganzen Hefe gegen die Deutschen und bei den Deutschenvorgängen in Ostrowo und anderen Städten haben die Leute des D. R. V. Berlins eine wichtige Rolle gespielt. Und an die Spitze der Sammlung für einen solchen Verein stellt sich der General-Superintendent einer Kirche, die 80 Prozent Deutscher zu ihren Befennern zählt! Dann wundern wir sich, wenn in dieser Kirche Einheit und Nazugsinnigkeit, massenweiser Uebertritt zu den Altkatholiken und anderen Gemeinschaften und Sekten eintritt. Dieser Fall zeigt uns deutlich, daß General-Superintendent Burtsche unverbesserlich ist und daß er zusammen mit Vater Zukoslawski auf eine politische Bank paßt, daß er aber in keinem Falle an der Spitze der lutherischen Kirche länger verbleiben darf. Diese Frage mußte als erste auf den neu gewählten Senatsversammlungen berührt und entschieden werden. Wir erwarten vom Konfistorium und insbesondere vom Herrn Konfistorialrat Pastor Dietrich ein entschiedenes Auftreten gegen ein solches unchristliches Hineinrücken unserer Kirche in die politischen Wirren, wodurch sie unabweisbar großen Schaden erleiden muß. Es gibt in der Kirche Arbeit genug, wir tun nicht leicht, daß der Herr General-Superintendent Burtsche, Biletschik wird er doch endlich ein Arbeitsfeld gemäß seinen

angeborenen Talenten erwählen und unserer Kirche den so nötigen und ersehnten Frieden gönnen!

Einige der ehem. Synodalen.

Lokales.

SoDa, den 18. Dezember.

Narutowicz-Gedächtnisfeier.

Am vergangenen Sonntag als am Jahrestage des tragischen Todes des ersten polnischen Staatspräsidenten Narutowicz fand im Saale der Philharmonie eine Trauerfeierlichkeit statt. Der reich geschmückte Saal war überfüllt. Die Feier eröffnete Dr. B. Jichna. Die Eröffnungsansprache hielt Abg. Dr. Polakiewicz von der „Wyzwolenie“-Partei, der die Bestrebungen und das Lebensziel Narutowicz schilderte. Sodann ergriff Rechtsanwalt Paschalski aus Warschau das Wort, indem er auf Einzelheiten aus dem Prozeß gegen Miesiadomski, den Mörder Narutowicz, zu sprechen kam, die der Allgemeinheit bisher unbekannt waren.

„Die Familie des Ermordeten“, führte Rechtsanwalt Paschalski u. a. aus, „wünschte keine Rache an den Mördern, aber meine Aufgabe war es, auf der Wacht der Ehre des Toten zu stehen. Eine tolle Verdrüßlichkeit, die in der Atmosphäre des von denen erzeugten Hasses geatmet wird, die sich als etwige Herren des Landes dünkten, hatte dem Leben des ersten Präsidenten ein Ende gemacht, und zwar nur aus dem Grunde, weil er mit den Stimmen der nationalen Minderheiten gewählt worden war. Und Polen hätte doch Holz darauf sein sollen, daß sich ein Mann gefunden hatte, für den auch die völligen Minderheiten stimmten.“ Zum Schluß seiner Rede charakterisierte Paschalski die heuchlerische Politik der Sjenna, die Narutowicz als Kandidaten der nationalen Minderheiten nicht anerkannte, mit dem Staatspräsidenten Wojciechowski aber, der mit denselben Stimmen gewählt wurde, zuriefen: „Die Reaktion erwidert vor den Folgen ihrer eigenen Politik!... Wir müssen uns eng um die Standarte der Demokratie scharen.“

Gebiet Narutowicz starb, weil er, an die Liebe glaubte und weil sein Herz keinen Haß kannte. Als daher später eine transaktive Regierung aus Staatsränder gelangte, verfolgte sie die verstorbenen Mörder nicht, um Polen vor Europa nicht bloßzustellen.“

Nach einer Reihe künstlerischer Darstellungen wurde die eindrucksvolle Feier geschlossen.

Als Friedenssonntag soll der vierte Adventssonntag in der ganzen Welt gefeiert werden nach dem Vorschlag des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen, den dessen Landesvereinigung Polen in einem Aufruf an sämtliche Geistlichen des „evangelischen Weltbundes“ in Polen veröffentlicht, gelten. Es ist naturgemäß nicht an die Erörterung irgendwelcher politischer oder päpstlicher Fragen gedacht, sondern an die Förderung christlicher Gesinnung, die sich in Friedensliebe und Verträglichkeit auch den Angehörigen anderer Bekenntnisse und Stämme gegenüber sich zu erweisen hat, entsprechend der Weihnachtsbotschaft: „Friede auf Erden“. Das dann gerade der verhältnismäßig ungünstigste vierte Adventssonntag gewählt wird, erklärt sich aus dem angestrebten Hebergewinn im Weltbunde, da in den englischen und amerikanischen Kirchen das Weihnachtsfest nicht die Bedeutung hat wie in unserem Lande.

Den Vorstand der Landesvereinigung Polen des Weltbundes, der auch den genannten Aufruf unterzeichnet hat, bilden: General-Superintendent D. Blaue-Posen, General-Superintendent Burtsche-Warschau, Kirchenpräsident D. Wok-Rattowicz und Pfarrer D. Böcker-Stanislau.

pap Die Krise in der Textilindustrie ist schon chronisch geworden. Es schien, daß sich die Lage nach den Bestellungen des Kriegsministeriums bessern werde. Die Hoffnungen, die in dieser Beziehung gehegt wurden, haben sich jedoch als falsch erwiesen. Die Bestellungen des Kriegsministeriums haben lediglich eine ganz geringe Milliarde der Krise herbeigeführt, zur Belebung unserer Textilindustrie aber nicht im geringsten beigetragen. Langsam aber sicher nimmt ihre kritische Lage immer schärfere Formen an. Nach der Ansicht der Industriellen ist der Grund hierfür in dem Mangel an Zahlungsmitteln, in der schwachen Kaufkraft des Innenmarktes und in dem Fehlen an ausländischen Abnehmern zu suchen.

Während zu Beginn der Krise nur in den kleineren Fabriken die Arbeitswoche herabgesetzt wurde, wird gegenwärtig bereits in den größeren Fabriken, so auch in der Widzewer Baumwollmanufaktur und bei Boznanski, nur noch 3 Tage in der Woche gearbeitet. Von den kleineren Industriellen haben dieser Tage noch folgende die Arbeitszeit auf drei Tage in der Woche eingeschränkt: Braun und Gurewicz, S. Wagner, „Boson“, Großstadt, Seimann und Komp., W. M., M. Kleimann, Gräber, Praydzkiewicz und S. Morjhammer; auf zwei Tage: S. Rohan, Gräber, Butter, A. Dand, Gröbin und Komp., Kiehmowicz und M. Brynes; auf vier Tage: „Dobrynia“ (Bachanica), M. J. Rosen, G. E. Drabkin und M. J. Wlczek. Eine ganze Anzahl von Firmen haben ihren Arbeitern überhaupt gekündigt. Daß dies auf die Arbeitslosigkeit nicht ohne Einfluß bleiben kann, steht außer Zweifel. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den letzten Tagen um 80 Prozent gewachsen und beträgt gegenwärtig 8000.

Eine Textilbörse in SoDa. Das Handelsministerium hat den Statutenentwurf der Textilbörse in SoDa beantragt. Die Hauptaufgabe der SoDger Textilbörse wird die Regelung des Handels mit Wolle, Baumwolle, Geweben, Modestoffen und aller Art Textilwaren sein. Industrielle, die Mitglieder der Textilbörse werden wollen, müssen ein Patent einer der 3 ersten Handelskategorien Wien, Kaufleute ein Handelspatent der 1. Kategorie.

bip. Zum Kommissar für die SoDger Textilbörse wurde Ing. Bajer, Oberreferent in der Wojewodschafts-Abteilung für Sachverständigenangelegenheiten ernannt.

Krise in der SoDger Metallindustrie. Die SoDger Metallindustrie durchläuft jetzt eine große Krise. Die SoDger Metallindustrie treibt die Metallarbeiten zu gleichen Anforderungen, obgleich schon jetzt die Erzeugnisse der SoDger Metallindustrie um 15—20 Prozent teurer sind als diejenigen der Posener, Warschauer und Lubliner. Eine Arbeitsverringerung von mehreren Tagen in der Woche steht bevor.

bip. Die Kaufleute bringen hochwertige Waren aus. Der Zentralrat der Kaufleute und Industriellen hatte für vorgestern eine Sitzung der Vertreter der Kaufleute aus der ganzen Wojewodschaft ausgeschrieben, auf der in Sachen der Vermögenssteuer beraten wurde. Die Kaufleute erklärten sich bereit, diese Steuern in hochwertigen Waren zu zahlen.

bip. Streik der Magistratsbeamten? Vorgestern fand eine Konferenz der Magistratsangestellten und der Magistratsvertreter statt, auf der in der Angelegenheit der Gehaltsansprüche der Magistratsbeamten beraten wurde. Da es zu keiner Einigung kam, ist mit einem Streik der Magistratsangestellten nach vor den Juriologen zu rechnen.

bip. Eine Hauswarter-Steuer. Die Hauswarter beschließen, sich für das Öffnen der Haustür nach 11 Uhr abends 100 000 M. zahlen zu lassen.

bip. Die Brauer wollen streiken, weil die Brauereibehörden ihnen die letzten 46 Proz. SoDgerhöhung nicht zuerkannt wollen.

Die Vorlesungen von Professor Pfaff.

Professor Pfaff hält im Deutschen Schul- und Bildungsbereich im kleinen Saale des Männergesangsvereins, Petrikauer 243, einen Zyklus von Vorträgen.

Die beiden ersten Vorträge dieses Zyklus hat er bereits gehalten.

In seinem ersten Vortrag sprach er darüber, wie die Wissenschaft unsere Technik und unser Wirtschaftsleben geschaffen und gestaltet hat, zeigte den Unterschied zwischen dem individuellen Lebensorganismus einer Zeitkultur und dem unorganischen Organismus der Zivilisationskultur und schilderte den Lebenslauf und die gewaltige Wirkung auf unser Gemeinschaftsleben von drei mächtvollen Vertretern dieser Zivilisationskultur, von Archimedes, Leibniz und Newton.

Er erläuterte, daß diese drei genialen Männer der Wissenschaft nicht in den Organismus ihrer Zeitkulturen hineingehört, Archimedes nicht in die bereits untergegangene griechische Antike, und Leibniz und Newton nicht in die jetzt im Sterben begriffene Kultur des Abendlandes, sondern daß ihre Erkenntnisleistungen nach heute in voller Wirksamkeit sind und immer wirksam bleiben müssen.

In seinem zweiten Vortrag sprach Prof. Pfaff über die Leistungsfähigkeit der heutigen Technik und über die Möglichkeit, deren Leistungsfähigkeit zu erhöhen.

Er wies nach, daß auf unserer Erde die strahlende Energie der Sonne und die durch die Gravitationswirkung von Mond und Sonne sich über das Erdoberflächen wühlende Flutwelle die beiden einzigen Arbeitsquellen für die Technik und das Wirtschaftsleben sind, zeigte, daß die freie, arbeitssfähige chemische Energie aller unserer Heizmaterialien und die Arbeitsfähigkeit unseres Kraftwassers aufgespeicherte Sonnenarbeit sind, und erklärte, daß alle anderen chemischen Energien auf der Erdoberfläche gebunden, d. h. nicht arbeitsfähig sind.

Er sprach von den fünf Energieformen, der Kohlen- und der chemischen Energie, der Wärmeenergie, der mechanischen und der elektrischen, und zeigte an der Hand dieser Energieformen, daß die Physik die Lehre von dem verlustlosen Wandel dieser Energieformen sei, daß die Natur stets mit einem Wirkungsgrad von 100 Proz., d. h. verlustlose Arbeit, und daß dagegen der Mensch bei der Benutzung der Naturgesetze für seine technischen sowie wirtschaftlichen Zwecke nur in wenigen Fällen mit hohem Wirkungsgrad arbeite, ja in einem für unser Wirtschaftsleben sehr wichtigen Falle nur mit einem Wirkungsgrad von höchstens 1 Proz., so daß hier für unser Wirtschaftsleben mindestens 99 Proz. von der arbeitsfähigen chemischen Energie unseres Heizmaterials verloren gehen. Professor Pfaff erklärte, daß die Wissenschaft die Möglichkeit erkenne, in allen Fällen mangelnder Leistungsfähigkeit unserer heutigen Technik Wandel zu schaffen, daß kein einziger wissenschaftlich haltbarer Erkenntnisatz gegen die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit, höhere Leistungsfähigkeiten zu gestalten, spräche.

Dann begann Prof. Pfaff über die Einsteinsche Lehre und den gegenwärtig so viel Erkenntnisrauh aufwirbelnden Einsteinskreis zu sprechen.

Hier erläuterte er die Psychologie unseres Erkenntnislebens, zeigte, daß Raum, Zeit und Ursächlichkeit nicht außer uns im wirklichen Weltengeschehen zu suchen sind, sondern nur in uns als Aufschauungsformen, als primitive Erkenntnisformen an den wirklichen Geschehnissen in der Welt; zeigte weiter, daß alles Raum- und Zeit- und Ursächliches mit Instrumenten ist, die auch aus Körpern bestehen, daß alles Zeit- und Raum- und Ursächliche ein wirkliches Geschehen in der Welt mit Instrumenten ist, in denen sich auch wirkliches Geschehen vollzieht, und stellte die Frage, ob dieses Raum- und Zeit- und Ursächliche unabhängig von der Bewegung sei, unter der sich das Wesen vollzieht, denn daß sei Sinn und Richtung der Einsteinslehre.

Um diese Frage zu lösen, wies Prof. Pfaff nach, daß Raum an und für sich und Zeit an und für sich wesenslose Schatten sind, und daß nur eine Union von Raum und Zeit, eine durch die Naturgesetze erzeugene Verknüpfung von Raum und Zeit lebendige Erkenntnisbedeutung haben.

Zum Schluß erklärte er, daß schon vor vielen Jahren Prof. Frobenius ein Formensystem begründet hatte, das die mathematische Gestaltung der Union von Raum und Zeit reiflos ermöglichte und daß der Mathematiker Minkowski diese Union schon in erste Form gebracht hatte.

Durch die mathematische Ausgestaltung der Union von Raum und Zeit konnte die Frage nach Wert und Brauchbarkeit aller Raum- und Zeitmessungen reiflos gelöst werden.

In den Vorlesungen, die Prof. Pfaff nach Weihnachten halten wird, wird er die Union von Raum und Zeit in ganz gemeinverständlicher Darstellung bewerkstelligen und mit ihr die Frage nach Wert und Brauchbarkeit unserer Messungen lösen, wodurch die Einsteinslehre geklärt und der Einsteinskreis geschlichtet werden muß. Denn die auf die Vorarbeit von Frobenius sich gründende mathematische Union von Raum und Zeit ist in der Lage, alles, was an ihr Irrtum ist, ebenso streng zurückzuweisen.

Um weiteren geistigen Interessen der Stadt SoDa zu dienen, und weil die Einsteinslehre allgemeinverständlich nur in stetiger industrieller Entwicklung schrittweise geklärt werden kann, wird Prof. Pfaff nach Weihnachten neben seinen Einsteinsvorträgen Vorträge über die Psychologie großer Kunstwerke z. B. über die Psychologie des Faustdramas von Goethe und die des Hamletdramas von Shakespeare halten.

Der Wortlaut des Indergesetzes.

In der letzten Session erfolgte die erste Lesung des Gesetzes über die pflichtmäßige Anwendung des Jahres der Änderungen der Lebensunterhaltungskosten zur Regelung der Arbeitsverhältnisse.

Die zwei grundlegenden Artikel des Entwurfs lauten: Artikel 1: In allen Arbeitsverträgen, welche vom 1. Dezember 1919 betreffend die Arbeitszeit in Industrie und Handel („D. Nr.“ 1920 Nr. 2) einbezogen sind und mehr als vier Arbeiter beschäftigen, soll die Höhe aller Arbeitslöhne in jedem Zahlungsabschnitt obligatorisch durch Anwendung des Jahres der Änderungen der Unterhaltungskosten geregelt werden, welcher von einer auf Grund einer Verordnung des Ministerrats ins Leben gerufenen Kommission für die Prüfung der Änderungen der Unterhaltungskosten festgesetzt wird.

Die Vorschriften des vorstehenden Gesetzes verpflichten nicht in den Fällen, in denen der Arbeitsvertrag, in welchem Franken nach den amtlichen Notierungen an der Basler Börsen umgerechnet, den Arbeitsvertrag derselben Angehörigen und Arbeiterkategorie im Jahre 1914 übersteigt.

Der Arbeitgeber ist nicht verpflichtet, eine höhere Entlohnung anzuwenden als diejenige, welche rätig ist, um den Lohn bis zu der Höhe zu führen, die im Abschnitt 2 des vorstehenden Artikels vorgegeben ist.

Artikel 2: Der Index der Änderung der Unterhaltungskosten auf Grund des Vergleichs der Unterhaltungskosten in dem geprüften der Abrechnungsperiode unmittelbar vorausgehenden Zeitabschnitt mit dem Unterhaltungskosten in der dem geprüften Zeitabschnitt vorausgehenden Periode berechnet wird, soll zur Berechnung der Arbeitslöhne in der auf den geprüften Zeitabschnitt folgenden Lohnperiode angewendet werden.

pap. Die Gebühren für die Verpflegung der Abkömmlinge in den städtischen Erziehungsanstalten wurden in den Anstalten in der Emmentaler 10a, Kanton 98 und Kanton 51 auf 360 000 M. täglich, im Kanton 51 auf 360 000 M., in der Kanton 51 auf 250 000 M. und in der Kanton 25/27 auf 270 000 M. erhöht.

hip. Wegen Nichtbeachtung der Buchvorschriften wurden bestraft: Sankel-Bandowicz, Polakow 10, mit 40 000 000 M., Israel Blumenfeld, Zolter 7, Josef Salomonowicz, Zolter 40 und Mordechai Zolter 12 mit je 10 Millionen M., Lydia Weiner mit 5 Millionen sowie Josef Rosenfeld, Zolter 11 und Mosche Effenbach, Zolter 55, mit je 3 Millionen M.

Für ein warmes Weihnachtskübchen. Aus wird geleistet: Im Laufe des heutigen Tages sind für ein warmes Weihnachtskübchen folgende Spenden eingelaufen: Herr Oskar Schweizer ein Wagen Kasse, Frau Peters 1 600 000 M., N.N. 2 000 000 M., Olga Kramb 2 000 000 M., Wilhelm Wader 1 000 000 M., Felix Huber 4 000 000 M., H. A. Steibel 2 Kasse Kasse, A. G. 5 000 000 M., W. und H. 10 000 000 M., außerdem W. und H. für Arme und Kranke 10 000 000 M. und für Bekleidung von Waisen und Halbwaisen 10 000 000 M. und 20 000 000 M. für das ev. Waisenhaus.

Allen Dank und Gottes reichen Segen den edlen Spendern für ihre freundlichen Gaben. Da die Armenbeschränkung unmittelbar bevorsteht, bitte ich die geehrten Glaubensgenossen mir möglichst bald die eventuell in Aussicht genommenen Spenden zur Verfügung zu stellen. Es handelt sich um ungefähr 400 Greise und Kranke, denen ein behaglich erwärmtes Weihnachtskübchen vermittelt werden soll.

Pastor J. Dietrich.

Weihnachten in den städtischen Erziehungsanstalten. Die Delegation der Magistratsobmannschaft für soziale Fürsorge wandte sich an den Magistrat mit der Bitte, 800 Millionen Mark zum Zweck der Weihnachtsbescherung in den städtischen Erziehungsanstalten anzusetzen.

Gerichtliche Weihnachtsgrüsse aus Kanton senden: A. G. Lohmeyer, J. König, H. Schulz, E. Weckert, E. Kollat, J. Adam, Müller und Dehelt.

Billige Mahlzeiten für Kinder. In der Jagajlowa 32 wurde eine weitere billige Küche eröffnet, die täglich 600 Mittagessen an Kinder verabreichen wird. Der Preis eines Mittagessens wird vom 8. Januar ab 12,000 Mark betragen.

pap. Von der staatlichen Tabakfabrik. Der letzte Streik der Arbeiter in der polnischen Tabakfabrik hatte eine Herabsetzung des Arbeitspersonals von 500 auf 100 Arbeitern zur Folge. Zwischen den 92 von den entlassenen Arbeitern wieder angestellt worden. Diese Zahl soll in nächster Zeit noch erhöht werden, so daß die Möglichkeit besteht, daß der Vollbetrieb nach und nach wieder aufgenommen wird. Der durchschnittliche Tageslohn eines Arbeiters beträgt gegenwärtig 1—2 Mill. M.

hip. Die Gebühr für ein amerikanisches Visum wurde von 2 auf 4 Millionen M. erhöht.

Verringerung der polnischen Einwanderung nach Amerika. Das amerikanische Einwanderungsgesetz, das am 30. Juni 1924 außer Kraft treten wird, soll bei der nächsten Tagung des Parlamentes durch ein neues Gesetz ersetzt werden. Der Gesetzentwurf ist bereits fertiggestellt und wird weniger eine allgemeine Herabsetzung der Einwanderung als eine Verschiebung je nach der Staatsangehörigkeit der einwandernden Personen zur Folge haben. Derzeit dient die amerikanische Volkszählung vom Jahre 1910 als Grundlage für die Berechnung der Einwanderungsquoten, die prozentuell im Verhältnis der in diesem Jahr in Amerika gezählten Ausländer festgelegt werden. Wie der „European Commercial“ berichtet, wird nach dem neuen Gesetz die Volkszählung von 1890 als Grundlage dienen. Dadurch wird sich die Einwanderungsquote für Holland, Belgien, England, Frankreich und die skandinavischen Staaten vergrößern, jene für Deutschland, Polen, Rußland und Italien aber verringern.

Entarteter Sport. Der 20-jährige Stanislaw Jasny wurde während eines Fußballspiels auf dem Sportplatz in der Alexanderowitsch-Straße durch einen Fußtritt schwer verletzt und erlitt einen Bruch des rechten Schienbeins. Er wurde in gefährlichem Zustande nach dem Krankenhaus in der Drennowitsch-Straße gebracht.

pap. Der Postfranken und Guldens. Das Postamt berechnet von gestern ab den Schweizer Franken mit 200 000 M. und den Lotys mit nur 620 000 M.

hip. Die Zigaretten sind gestern wieder einmal von der Zollfahndung beschlagnahmt. Die Zigarettenhändler erwarteten wieder eine Preiserhöhung. Diese ist auch prompt eingetreten. Die Preise wurden von heute ab erhöht. Eine „Lugus A“ Zigarette kostet jetzt 36 000 Mark ohne Mündst und 28 000 M. mit Mündst, eine „Lugus B“ Zigarette 30 000 M. bzw. 22 000 M. eine „Najprzedniejszy A“ Zigarette 20 000 M., „Najprzedniejszy B“ — 17 000 M., „Przedni A“ — 14 000 M., „Przedni B“ — 13 000 M. und eine „Sredni“ Zigarette 10 000 M.; für 100 Gramm „Lugus“-Tabak sind 2 800 000 M. zu zahlen, „Najprzedniejszy“ — 2 200 000 M., „Przedni“ — 1 800 000 M., „Sredni“-Pfeifentabak 700 000 Mark. Eine „Sofia“-Zigarette kostet 50 000 M., „Damas“ — 45 000 Mark, „Kall“ — 40 000 Mark, „Gajpiti“ — 30 000 M., „Damas“ — 20 000 M., „Klub“ — 20 000 Mark, „Klub“-Tabak 3 500 000 M. 100 Gramm, „Kianti“ — 2 500 000 M., „Sultan“ — 3 000 000 M. und „Macedon“ — 2 750 000 Mark.

Eine nützliche Erfindung.

Wir lesen in der „Hartung'schen Ztg.“: Haben Sie schon mal Ihre Hose morgens beim Aufstehen gegen Licht gehalten?

Ach, Sie taten's nur zu oft schon, um mit Schrecken zu konstatieren, daß sie, d. h. die Hose, täglich sich durchlässiger wurde. Bald wird der erste Sonnenstrahl unheimlich hindurchbrechen. Was dann, was dann?

Allen also von Sorgen Gepeinigten aber ist dieser Tage Heil zu versprechen. Im deutschen Reichs-Patentamt wurde unter Nr. 381,266 eingetragen:

„Hose mit zwei knöpfbaren Schlitzen, dadurch gekennzeichnet, daß sie aus vier gleichen Stücken gefertigt ist, derart, daß der hintere Teil auch vorn getragen werden kann.“

Hoch klingt das Lied vom braven Mann! Noch ist der Erfinder, der Ketter aller bodenlos werdenden Hofenböden nicht bekannt, aber bald werden wir preisend mit viel schönen Reden diesen Mann der Tat feiern! Es geschehen sonst so wenig Taten.

Natürlich bin ich auf dieses Meisterwerk der Erfindung gespannt. Denn wenn ich meine bisherige Hose umgekehrt tragen wollte, müßte ich nie recht, wie ich mich mit den an falsche Stellen geratenen Ausbuchtungen abfinden sollte. Auch das Zukünftige hatte seine Schwierigkeiten. Ich mußte leise meynend davon Abstand nehmen, denn selbst wenn das bewilligt worden wäre, ich hätte es nie gewagt, im Teekränzchen meiner Freundinnen mich zu zeigen. Aber mit der neuen Reichspatent-Hose wird alles schluppdwupp gehen.

Also: schluppdwupp, wir harren des Wunders.

hip. Der Teuerungszuwachs in der ersten Dezemberhälfte macht nach den Berechnungen der statistischen Kommission 66,77 Prozent aus.

pap. Der Unterhalt einer vierköpfigen Familie betrug sich in diesem Zeitraum auf 2 561 483,09 M., während diese Kosten im vorigen halbmonatigen Zeitraum 1 535 933,12 Mark ausmachten. Den Zuwachs rief her vor die Preiserhöhung des Mehls, des Brots, des Speises und des Tees; dagegen ist die Kleidung nur unerheblich teurer geworden.

Lohnbewegung in der Zündholzindustrie. In der Zündholzindustrie herrscht seit längerer Zeit eine Lohnbewegung. Die Arbeiter verlangen Auszahlung der rückständigen Teuerungszulagen, wöchentliche Berechnung der Teuerungsziffer durch das statistische Amt. Der Mindestlohn soll 1½ Mill. M. betragen.

Gegen die Nachtarbeit in den Bäckereien. Die Berufsorganisation der Lebensmittelarbeiter hat der Zentralkommission der Berufsorganisationen eine schriftliche Protestkundgebung eingebracht gegen die Nahrung der Nachtarbeit in den Bäckereien durch das Arbeitsministerium. Die genannte Berufsorganisation will wegen Nichteinhaltung eines Staatsgesetzes beim Arbeitsinspektorat klagen werden.

hip. Die neue Handwerkersteuer. Am Sonnabend trat die erhöhte Steuer für Handwerker in Kraft. Die Steuer beträgt für einen Bullen oder eine Kuh 500 000 M., für Jungvieh bis zu 2 Jahren 250 000 M., für ein Kalb bis zu einem halben Jahre 50 000 M., für ein Schaf oder eine Ziege 40 000 M., für ein Hamm 10 000 M. und für ein Schwein 400 000 M.

Der Biegenbock als Gärtner. Das Friedensgericht verurteilte einen gewissen Menzel Dewin zu drei Monaten Gefängnis, weil er aus dem Geschäft seines Vaters Isac Dewin, wo er auf Wunsch des letzteren schlief, um etwaige Diebstahlversuche zu vereiteln, einen Kasten mit einer gewissen Korn, der Dewin das Korn verkauft, wurde gleichfalls mit drei Monaten Gefängnis bestraft.

Was ich aus Trug vollbracht,
Wuchs voll Pracht über Nacht
Und ward — verregnet,
Was ich aus Lieb' gesät,
Keim'le stet, reifte spät
Und ist gesegnet.

Refesser.

Stolze Herzen.

Roman von Fr. Lehne.

(64. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Mich dünkt, daß man mir etwas vorenthält.“ Da kam James zurück und war unangenehm über rascht, seine Frau hier zu sehen.

„Isabella, willst du die Freundlichkeit haben, dich für einige Minuten zurückzuziehen? Die Herren haben jetzt keine Zeit für dich!“

„Du gestattest, mein Freund, daß ich bleibe.“ Sie sah ihn scharf an, sah, wie er unschlüssig ein Papier in den Händen drehte.

„Isabella!“ Er suchte die Achseln, da sie nicht ging und überreichte dem Landrat den Schuldschein, den dieser prüfte. Graf Rechberg hielt schon einen Füllfederhalter bereit, um die Anweisung auszufüllen.

„Verzeihen Sie, Herr Graf!“ sagte da Isabella, nahm mit raschem Griff die Papiere an sich und überflog sie.

Sie erblickte. Dann riß sie beide in kleine Stücke und warf die Fegen zu Boden. Tief aufatmend stand sie da.

„Isabella!“

„Gnädige Frau!“

Wie aus einem Munde kam das.

„Ich denke, daß diese Art der Erledigung die beste ist!“

Ihre großen Augen strahlten die Herren an und ein schwaches Lächeln glitt über ihr blaßes Gesicht.

Der Landrat hatte sich gebückt und hob die Papierschneid- vorsicht auf.

„Ich kenne Ihnen die Hand, gnädige Frau! Doch ich muß Ihnen widersprechen. Geschäfte kann man nicht gut auf solche Art erledigen.“

„Im allgemeinen wohl nicht. Aber dieses da doch. Mein Mann wird sicher ebenso denken.“

„Ja, ich schreibe mich der Ansicht meiner Frau an!“ Beide Herren lächelten fast unmerklich.

„Sie sind sehr großzügig, gnädige Frau. Herr Baron von Wallbrunn, in dessen Auftrag ich hier bin, würde aber am allerwenigsten damit einverstanden sein. Er hält voll für die von seinem Vater eingegangenen Verpflichtungen ein. Sie werden in Ihren Büchern wohl eine reiche Aufstellung finden, Herr Löbbecke, und ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie sich der Mühe des Nachschüßens nochmals unterziehen wollen, um mir dann Bescheid nach Weiherhaus zu schicken. Ich bin heute und morgen den ganzen Tag zu Hause.“

Er sah James bedeutungsvoll an und verneigte sich förmlich vor ihm, wobei er noch die Grenzen der Höflichkeit wahrte. „Mein Auftrag ist zu Ende, ich empfehle mich.“

Isabella sah ihn an; nicht einmal die Hand gab er ihrem Gatten?

„Meine Herren —“

„Meine liebe, gnädige Frau!“ sagte Graf Rechberg warm und küßte ihr die Hand. Graf Lebach folgte seinem Beispiel: „Meine sehr verehrte, gnädige Frau —“

James fühlte, was in dem Verhalten der beiden für ihn lag. Eine Demütigung und Nichtachtung sondergleichen. Er wurde blutrot im Gesicht und hielt nur mit größter Anstrengung das konventionelle Lächeln auf den Lippen fest.

Dann noch eine kurze Verbeugung an der Tür, und die beiden Gatten waren allein.

Isabella hatte die Arme über der Brust gekreuzt, ihre Blicke folgten unverwandt dem Manne, der rastlos in dem prunkvollen Raum auf und ab schritt.

Endlich blieb er vor ihr stehen. „Für dein Benehmen fehlen mir die Worte!“ fuhr er sie an.

„Oder mir für das deinige! Schämstest du dich denn gar nicht, jetzt noch jene Schuld einzukassieren zu wollen?“

„Ich möchte dich fragen, ob du dich nicht schämst, deinen Mann so bloßzustellen?“ Drohend ballte er die Hände. „Du siehst aber, deine Großmutter war umsonst, man nahm sie nicht einmal an! So leicht verzeiht man keine dreißigtausend Mark, meine Teure.“

„Man muß da von Fall zu Fall entscheiden. Schmutzige Geldgeschäfte sind mir verächtlich.“

„Weiß, mache mich nicht rasend!“ Er sagte ihres Arm und schüttelte sie heftig.

Mit einer einzigen Bewegung befreite sie sich von ihm.

„Du vergißt dich! Weshalb bist du eigentlich jetzt mit der Forderung hervorgetreten? Es muß doch ein Grund dazu vorgelegen haben?“

„Ein triftiger sogar! Diesen hochmütigen Lumpenbaronen daran zu erinnern, was er mir eigentlich zu verdanken hat, war es hohe Zeit!“ entgegnete er geistlos. (Fortsetzung folgt.)

